

Presseinformation 11. März 2016

Fukushima mahnt

Mahnwache und Flashmob zum fünften Jahrestag der Atomkatastrophe Veranstaltung am 11. März in Dresden

Anlässlich des fünften Jahrestages der Nuklearkatastrophe in Fukushima rief die BUND Regionalgruppe Dresden am 11. März zur Mahnwache auf. Atomkraftgegner erinnerten von 10 bis 12 Uhr auf der Prager Straße und von 15 bis 17 Uhr am Albertplatz an den doppelten Super-GAU und seine Folgen. Ebenso protestierten sie gegen den Weiterbetrieb und die drohende Steuerbefreiung in Milliardenhöhe für die acht noch laufenden Atomkraftwerke.

Ein halbes Jahrzehnt nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima und 30 Jahre nach dem GAU in Tschernobyl scheinen die Gefahren und Risiken, die Atomkraft mit sich bringt, weitestgehend aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden zu sein. Doch nach wie vor leiden die Mensch vor Ort unter der radioaktiven Kontamination: Das Risiko für Kinder und Jugendliche, an Schilddrüsenkrebs zu erkranken ist enorm gestiegen. Ehemalige Bewohner der evakuierten Regionen sind häufig dem Druck ausgesetzt, trotz nachweislicher radioaktiver Verschmutzung in die betroffenen Gebiete zurückzuziehen oder müssen sich auf unbestimmte Zeit mit Notunterkünften arrangieren.

Es ist offensichtlich, dass die Energienachfrage in Deutschland und Europa unvermeidbare Folgen hervorruft: Denn nicht nur Katastrophenfälle sind ein soziales und ökologisches Desaster. Bereits der Uranabbau und der vorgesehene „normale“ Betrieb von Atomkraftwerken gefährden die Gesundheit des einzelnen Menschen, der Gesellschaft und der Natur – und das über Generationen hinweg. Ganz zu schweigen von dem bis heute ungelösten Problem der Endlagerung radioaktiver Abfälle.

Bezeichnend dafür ist der Störfall im französischen Atomkraftwerk Fessenheim im Jahr 2014. Erst kürzlich wurde bekannt, dass der Reaktor nach einem Ausfall der Steuerstäbe nur noch durch die unübliche Verwendung von Bor zur Kühlung notabgeschaltet werden konnten. Dennoch hält die französische Atomaufsichtsbehörde eine Abschaltung aus Sicherheitsgründen für unnötig. Das Atomkraftwerk soll laut Präsident Hollande erst im Jahr 2018 vom Netz genommen werden.

Eine nachhaltige Energieversorgung erfordert eine Effizienzsteigerung bei der Energiegewinnung und -nutzung. Ebenso notwendig sind Maßnahmen zur dauerhaften Reduktion des Energiebedarfs. Dabei soll energieintensives Verhalten im Konsum, Technikgebrauch oder privaten Haushalt vermindert oder erschwert werden.

Weiterhin machte eine szenische Darstellung unter dem Thema „Atomstrom abwürgen statt Akku aufladen“ während der Mahnwachen auf die überfällige Umsetzung von Energiesuffizienzmaßnahmen aufmerksam. Die Sächsische Landesregierung erwähnt Energiesuffizienz zwar als wesentliches Element im Klimaschutz – auf welchem Wege ein reduzierter Energieverbrauch realisiert werden soll, wurde bisher nicht konkretisiert.

„Atomkraftwerke gehören zu einem Zeitalter der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, die Energie auf Kosten unserer Zukunft, unserer Natur und der Menschen in den Abbauregionen erzeugt. Die Folgen werden wir auf unbestimmte Zeit ausbaden. Je schneller wir aus der Atomenergie aussteigen, desto schneller wird der Weg frei für eine kluge, dezentrale und erneuerbare Energieversorgung.“, so Jutta Wieding, Vorsitzende der BUND

Regionalgruppe Dresden. „Wir fordern: Atomausstieg und erneuerbare Energien statt Weiterbetrieb und Steuerbefreiung für Atomkraftwerke!“

Ansprechpartner für Rückfragen: Gottfried Mann – 0157 77324230

Bilder der Veranstaltungen sind zu finden auf: <https://flic.kr/s/aHsksCDe6Z>